

Sitzungsperiode 2019  
Sitzung des Ausschusses IV vom 11. September 2019

---

### FRAGESTUNDE\*

• **Frage Nr. 6 von Frau HUPPERTZ (CSP) an Minister ANTONIADIS bezüglich des Mangels an Allgemeinmedizinern**

In einem Newsletter des frankophonen Verbandes der Allgemeinmediziner SSMG (société scientifique de médecine générale) wird eine Liste der Gemeinden aufgeführt, in denen ein Mangel an Allgemeinmedizinern festgestellt worden ist.<sup>1</sup>

Daraus wird deutlich, dass im frankophonen Landesteil Ärzte, sofern sie sich in einer der genannten Gemeinden bis zum 31.12.2020 niederlassen, eine Prämie zwischen 20.000 und 25.000 Euro erhalten.

Der genannte Ärzteverband bietet überdies eine kostenlose Hilfe und Begleitung bei der Aktenerstellung an.

In der Deutschsprachigen Gemeinschaft besteht die Möglichkeit einer Förderung über den sog. „IMPULSEO-Fonds“.<sup>2</sup> Die Niederlassungsprämie beläuft sich auf 20.000 EUR und ist sowohl angestellten als auch selbstständigen Allgemeinmedizinern zugänglich. Sie unterliegt einem reduzierten Steuersatz von 16,5 %.<sup>3</sup> Die Wirtschaftsförderungsgesellschaft unterstützt die Antragsteller ähnlich wie in der französischen Gemeinschaft.

Hierzu meine Fragen:

- *In welchen Gemeinden im deutschen Sprachgebiet Belgiens steht ein Mangel an Allgemeinmedizinern bevor?*
- *Wie oft ist die angesprochene Prämie des sog. Impulseo-Fonds in der Deutschsprachigen Gemeinschaft im laufenden Jahr ausgezahlt worden?*
- *Ist in der DG eine Anhebung der Beihilfen auf das Niveau der Franz. Gemeinschaft denkbar?*

• **Frage Nr. 7 von Herrn FRECHES (PFF) an Minister ANTONIADIS bezüglich der Auszahlung des Kindergeldes**

Seit dem 2. September sind die Schulklassen wieder gefüllt und die Schule hat wieder angefangen. Wie in jedem Jahr kommen auf die Eltern zu Schulbeginn besondere Kosten zu. Um den Familien finanziell unter die Arme zu greifen, gewährte die Deutschsprachige

---

\* Die nachfolgend veröffentlichten Fragen entsprechen den von den Fragestellern hinterlegten Originalfassungen.

<sup>1</sup> News SSMG - n° 246

<sup>2</sup> <https://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-4799/>

<sup>3</sup> [https://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-4799/8514\\_read-47753/](https://www.ostbelgienlive.be/desktopdefault.aspx/tabid-4799/8514_read-47753/)

Gemeinschaft zum Schulstart einen Jahreszuschlag von 52 EUR, dessen Auszahlung am 8. August 2019 erfolgte. Auf diese jährliche Einmalzahlung hat jedes Kind – egal welchen Alters - Anrecht. In Anlehnung an die Vereinheitlichung des Kindergeldbasisbetrags wurde nämlich auch besagter Jahreszuschlag gleichgestellt – ganz nach dem Motto „Ein Kind ist ein Kind“.

Die Übernahme der Zuständigkeit erlaubte es uns, ein transparenteres, einfacheres und vor allen Dingen gerechteres System im Sinne der Familien einzuführen.

Wir erinnern uns:

Aufgrund der 6. Staatsreform ist die DG seit dem 1. Januar 2019 für die Verwaltung und Auszahlung des Kindergeldes zuständig. Ein neues Modell der Familienleistungen wurde Anfang des Jahres eingesetzt und die Verwaltung sowie die Auszahlung wurden integral vom Ministerium übernommen. Seit dem 1. Januar gibt es nun eine einzige öffentliche Kasse für alle Familien, deren Hauptsitz sich Kaperberg 6 in Eupen befindet.

Meine Fragen nun hierzu, werter Herr Familienminister, die sich auf die öffentliche Kasse für Familien beziehen :

- *Wie sieht die aktuelle Personalstruktur der öffentlichen Kasse aus?*
- *Wie sieht die aktuelle Bilanz nach mehreren Monaten Tätigkeit aus ? Läuft alles zur Zufriedenheit oder gab/gibt es Probleme, die es nun zu lösen heisst?*

• **Frage Nr. 8 von Herrn FRANSEN (CSP) an Minister ANTONIADIS bezüglich der Nachricht von angeblichen Turbulenzen in der Klinik St. Vith**

Mit Sorge haben wir der Presse Informationen entnommen, denen zufolge die St. Vith St. Joseph-Klinik in Schwierigkeiten steckt.

Angeblich häufen sich die Klagen über das Krankenhaus St. Vith. Diese kämen auch von Leuten, die nicht als notorische Meckerer, sondern als „seriös gelten“, hieß es. Die Zustände werden bisweilen sogar als „katastrophal“ beschrieben. Ärzte und Pfleger sollen abwandern. Ein Personalmangel sei inzwischen bemerkbar.

Hierzu meine Fragen:

- *Der Minister legte der Presse gegenüber offen, dass ihm „offiziell keine Klagen bekannt“ seien, er aber regelmäßig durch Bürger über die interne Organisation informiert worden sei. Dem entgegen erklärte die Direktorin in einem anderen Interview, dass es kein Geheimnis sei, dass es in der Organisation der Klinik St. Joseph in St. Vith „seit einiger Zeit Schwierigkeiten“ gäbe. So habe das GrenzEcho bereits zu Jahresbeginn über den Personalengpass auf der Intensivstation berichtet. Daher: Seit wann hat die Regierung Kenntnis von den in der Presse oder anderswo angeführten Problemen?*
- *Welche Reaktionen und Maßnahmen hat es daraufhin gegeben?*
- *Welchen Wert misst der Aufsichtsminister den Inspektionsberichten angesichts solcher Meldungen bei?*

• **Frage Nr. 9 von Inga VOSS-WERDING (ECOLO) an Minister ANTONIADIS bezüglich der Finanzierung der Wohn- und Pflegezentren für Senioren**

Am 13. Dezember 2018 wurde das Dekret über die Angebote für Senioren und Personen mit Unterstützungsbedarf sowie über die Palliativpflege verabschiedet. Wie mein Kollege Freddy Mockel im Zuge der Abstimmung deutlich gemacht hat, waren zu diesem Zeitpunkt zahlreiche Ausführungskriterien, allen voran der Rahmen der Bezuschussung unklar.

Damals ging also bereits hervor, dass Sie, Herr Minister, die Normen zur Finanzierung der Wohn- und Pflegezentren für Senioren noch festlegen mussten.

Zu diesem Hintergrund möchte ich Ihnen folgende Fragen stellen:

- *Wie ist diese Arbeit mit den Wohn- und Pflegezentren für Senioren abgelaufen?*
- *Wie ist der aktuelle Stand der Dinge in diesem Prozess?*
- *Kennen die Verantwortlichen der Wohn- und Pflegezentren für Senioren mittlerweile die Höhe der Finanzierung und deren Berechnungsbasis für die kommenden Jahre?*